

Das Elend des staatlichen Schwundgeldes

EZB im Kampf gegen *welche* Deflation?

Die Eurozone gleicht seit der Einführung der ungeliebten Gemeinschaftswährung einer Versuchsstation für geldpolitische Experimente. Josef Urschitz von der Wirtschaftsredaktion der Wiener Tageszeitung „*Die Presse*“, vergleicht die Bürger der Eurozone in seinem Beitrag vom 30. 5. folgerichtig mit *Laborratten*. Es geht um das nun bereits seit vielen Jahren währende Euro-Projekt, das nach dem Willen der EZB ab sofort in eine neue Runde gehen wird. Nachdem die europäischen „Südstaaten“ (dank zahlreich vorangegangener Vertragsbrüche) um ihre Konkurrenzfähigkeit gebracht und die „Nordstaaten“ im Gegenzug dafür dauerhaft zu deren Finanzierung genötigt sind, sollen die Zinsen nun faktisch auf Null reduziert und Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank mit *Negativzinsen* belegt werden. Eine wahrlich geniale Idee – wie alles, was überzeugte Planwirtschaftler sich so ausdenken, wenn der Tag lang ist. Für Einlagen bezahlen zu müssen, ist in dieser Form neu und erinnert ein wenig an das bizarre Schwundgeldexperiment in Tiroler Wörgl im Jahre 1932. Geld hat im herrschenden Schuldgeldsystem somit endgültig seine Bedeutung als Wertaufbewahrungsmittel verloren.

Die seltsame, dieser Maßnahme zugrundeliegende Vorstellung besteht darin, daß Prosperität und Wohlstand einer Gesellschaft von der Geldmenge, bzw. von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmt werden. Bestraft man nun die Geldhalter dafür, wenn sie ihre Barmittel nicht so rasch wie möglich ausgeben, so die Hoffnung der Beamten in der imperialen Inflationierungsbehörde EZB, könnte man dadurch einen Nachfrageschub und damit eine „Ankurbelung“ der Wirtschaft erreichen.

Daß durch eine Erhöhung der Geldmenge und / oder eine Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit - bei unverändertem Warenangebot – der Wohlstand steigen könnte, würde, nach dem in 100 von 100 Fällen zu beobachtenden Scheitern expansiver Geldpolitik (wie z. B. in Japan seit Jahrzehnten „live“ zu beobachten), heute wohl nicht einmal mehr Silvio Gesell glauben. Das ficht Herrn Draghi, der unentwegt einer sämtliche Sparguthaben und Zukunftsvorsorgen vernichtenden Inflation das Wort redet, indes nicht an. Er propagiert unermüdlich seine Sorge vor einer *Deflation* und der damit angeblich verbundenen Gefahr. Warum der oberste aller selbst ernannten Währungshüter seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, fortwährend die Kaufkraft des Geldes zu schmälern, auf diese Weise alle Sparer schleichend zu enteignen und hemmungslose Verschuldungsorgien zu begünstigen, erschließt sich nur den mit dem Wesen eines Schuldgeldsystems gut vertrauten Beobachtern.

Zunächst ist festzuhalten, daß die beiden Begriffe, *Inflation* und *Deflation*, dank der unermüdlichen Desinformationspolitik des monopolistisch agierenden Geldproduzenten und seiner Propagandisten, einen entscheidenden Bedeutungswandel erfahren haben: *Inflation* meinte ursprünglich eine *Aufblähung der Geldmenge* und Deflation das exakte Gegenteil davon. Das angeblich brandgefährliche Phänomen *Deflation* kann also logischerweise nur als Folge einer vorangegangenen Inflation eintreten. Die Bedeutungsänderung von der Geldmengenänderung hin zu *Preissteigerung*, bzw. *Preisverfall*, hat für den Geldproduzenten einen entscheidenden Vorteil: Er kann die Schuld an Preissteigerungen den Unternehmern und „Spekulanten“ zuschieben, die den armen Konsumenten vermeintlich gnadenlos über den Tisch ziehen. Seine eigene, ursächliche Rolle in diesem üblen Spiel durchschauen dagegen nicht allzu viele.

Am Beginn jedes an breiter Front erfolgenden Preisauftriebs steht allemal eine *Erhöhung der Geldmenge*. Das würde sich sogar in einem *Warengeldsystem* (in dem jeder Geldschein durch einen realen Wert „gedeckt“ ist) nicht anders verhalten. So ist der besonders von Geringverdienern massiv wahrgenommene Preisauftrieb bei Grundnahrungsmitteln zum Großteil der seit vielen Jahren betriebenen, expansiven Geldpolitik der EZB geschuldet, nicht aber der „Gier“ von Produzenten und Händlern, die ja selbst unentwegt mit Kostensteigerungen zu kämpfen haben. In unserem seit 1971 weltweit herrschenden *Schuldgeldsystem* bilden Geldschöpfung und Verschuldung kommunizierende Gefäße. Die Guthaben der einen sind die Schulden der anderen. Zinsforderungen der Banken auf aus dem Nichts geschöpftes Geld bedingen die Notwendigkeit zur fortgesetzten Geldmengenausweitung.

Da die Geldproduktion in der Hand eines Monopolisten liegt, genießt dieser – im Gegensatz zu den Normalsterblichen – ausschließlich Vorteile aus einer Geldmengensteigerung. Der Geldproduzent ist der erste, der über die neue Liquidität verfügt und leidet somit nicht am allgemeinen Preisauftrieb, der nur nachrangige Geldempfänger trifft. Etwas aus nichts schaffen und dafür auch noch Zinsen kassieren zu können(!) – das ist ein wahrhaft märchenhafter Zustand für die Zentralbanken und ein offensichtlicher Anreiz zur Geldverschlechterung.

In einem voll gedeckten, marktorientierten Warengeldsystem wäre das anders. Eine willkürliche Geldproduktion wäre – dank der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Rohstoffe und Waren – unmöglich. Außerdem hätte die Geldmenge keinerlei Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung. Jede zur Verfügung stehende Geldmenge würde ihrem Zweck als Tauschmedium voll gerecht werden. Deflation – verstanden als ein insgesamt laufend sinkendes Preisniveau – wäre der Normalzustand jeder in seiner wirtschaftlichen Entwicklung voranschreitenden Volkswirtschaft. Was wäre an einer laufenden Steigerung der Kaufkraft des Geldes verkehrt?

Die explosionsartige Zunahme der Preise für Wohnungseigentum; Aktienkurssteigerungen, die angesichts der düsteren wirtschaftlicher Aussichten im Grunde unerklärlich sind; und ein Verfall der Renditen für Staatsanleihen, sind vollständig ausgeblendete Indikatoren für die planmäßig betriebene Geldschwemme im rezenten Geldsystem. Irgendwo will die neu geschaffene Liquidität schließlich hin. Nur einer galoppierenden „*Asset-Price-Inflation*“ ist es zu danken, daß sich der Preisauftrieb für Dinge des täglichen Bedarfs bislang in halbwegs überschaubaren Grenzen hält. Weder Aktienkurse noch Immobilienpreise finden übrigens Niederschlag in der amtlich getürkten Erhebung der „*Inflationsrate*“. Ein zu diesem Zweck willkürlich gebildeter Warenkorb dient ausschließlich der Vernebelung der grimmigen Realität des herrschenden Schwundgeldsystems.

Ein Ende ohne Schrecken ist in diesem bösen Spiel unmöglich. Je später allerdings die Notbremse gezogen wird (um einer Hyperinflation vorzubeugen), desto brutaler wird der Aufschlag auf dem harten Boden der Realität ausfallen. Würde man – angesichts der katastrophalen Verschuldungssituation der meisten Staaten, aber auch vieler Unternehmen und Privathaushalte - die Zinsen mit einem Mal auf ein von den Kapitalmärkten geregeltes Niveau steigen lassen, würden augenblicklich Staatspleiten und Firmenkonkurse folgen – mit unabsehbaren Konsequenzen für die an der Geldnadel hängenden Gesellschaften.

Die angedrohten Negativzinsen werden die Banken nun zu einer neuen Runde aggressiver Kreditvergabepolitik zwingen. Das hat schon in der Vergangenheit nichts als Unheil gebracht (Stichwort US-„Subprime-Krise“). Deutlich verschärfte Eigenkapitalvorschriften für die Geschäftsbanken („Basel 3“) werden allerdings bewirken, daß Kredite am Ende nicht an die Wirtschaft vergeben werden (was übrigens auch keineswegs zwingend positive Effekte hätte), sondern nur der naturgemäß unproduktive Staat sich weiter verschulden wird. Wer imstande ist, einen praktikablen, „unblutigen“ Ausweg aus diesem Dilemma zu präsentieren, ist Fixanwärter für den nächsten Wirtschaftsnobelpreis...

Andreas Tögel
a.toegel@atomed.at